













## Offener Brief an Bundesminister Rupprechter: Ausbau von umweltfreundlichen Mehrweggetränkeverpackungen in Österreich

Sehr geehrter Herr Bundesminister Rupprechter,

obwohl **Abfallvermeidung** der oberste Grundsatz im europäischen Abfallrecht ist, werden in Österreich jährlich über **vier Milliarden Getränke** in Dosen, Einwegflaschen und anderen Wegwerfverpackungen verkauft. Einweggetränkeverpackungen verbrauchen deutlich mehr Ressourcen und vor allem Energie als Mehrweggetränkeverpackungen. Sie tragen daher bei mittleren und kurzen Transportentfernungen bei weitem mehr zur Belastung der Umwelt und zum Klimawandel bei. Auch wenn sich die österreichische Getränkewirtschaft um Verringerung der Umweltschäden durch Einwegverpackungen und um die Reduktion klimawirksamer Emissionen bemüht, kann dies kein Freibrief für größere Abfallmengen sein. Selbst eine effektive Abfallverwertung ist kein Ersatz für konsequente Abfallvermeidung durch Mehrwegsysteme, sondern sollte diese sinnvoll ergänzen!

In Deutschland¹ wird mit 1. Jänner 2019 ein neues Verpackungsgesetz in Kraft treten, das die Steigerung des Mehrweganteils von derzeit 45 auf 70 Prozent anstrebt. Dazu sollen eine Hinweispflicht an den Getränkeregalen sowie die Ausweitung der Pfandpflicht für Einweggetränkeverpackungen beitragen.

Österreichs Bundespolitik setzt hingegen nach Aufhebung der rechtlichen Vorgaben zum Schutz von Mehrwegverpackungen nach wie vor auf freiwillige Vereinbarungen wie jene der aktuellen Nachhaltigkeitsagenda Getränkeverpackungen. Diesen freiwilligen Vereinbarungen fehlt es jedoch in der Praxis oft an verbindlichen Sanktionsmaßnahmen und können nur als erster Schritt in Richtung einer gesetzlichen Regelung angesehen werden. Der Mehrweganteil ist von rd. 60 auf rd. 20 Prozent gesunken, wobei diese Mehrwegquote fast ausschließlich vom Getränkeangebot der Gastronomie getragen wird. Im Lebensmitteleinzelhandel besteht hingegen de facto keine Wahlfreiheit für KonsumentInnen mehr. Fast nur bei Bier und im geringen Maß bei Mineralwasser bietet der Handel umweltfreundliche Mehrweg-Alternativen.

Die UmweltreferentInnen der Bundesländer erneuerten daher auch erst im Juni ihre Forderung nach einer Quotenregelung für Mehrwegverpackungen in der Verpackungsverordnung inklusive verbindlicher Maßnahmen bei Nichterreichung der Quoten. Dabei sollte die Mehrwegquote bei Getränkegebinden wie in Deutschland kontinuierlich gesteigert werden, auch um die regionalen kleinstrukturierten österreichischen Mehrwegabfüller zu unterstützen.

Offener Brief: Ausbau von Mehrweggetränkeverpackungen

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> http://www.bmub.bund.de/pressemitteilung/neues-verpackungsgesetz-passiert-den-bundesrat/

Demnächst soll der **Bundesabfallwirtschaftsplan 2017** (BAWP)<sup>2</sup> fertiggestellt werden. Dort sollen auch Ziele für Getränkemehrweggebinde festgelegt werden. Im Entwurf zum BAWP wird eine Fortentwicklung der in diesem Jahr auslaufenden Nachhaltigkeitsagenda einschließlich der Zusatzvereinbarung vorgeschlagen.

Die im Vorfeld von Umweltorganisationen und Ländern eingebrachte Forderung nach verbindlichen und sanktionierbaren Regelungen zum Erhalt und Ausbau von Mehrwegsystemen, insbesondere der rechtlichen Verankerung quantifizierbarer und messbarer Ziele für Mehrweg, wurde bisher nicht berücksichtigt. Auch dem Vorschlag zur Kennzeichnungspflicht der Getränkegebinde ist man bis dato nicht nachgekommen.

Falls die freiwillige Nachhaltigkeitsagenda Getränkeverpackungen fortgesetzt wird, fordern die unterzeichnenden Organisationen die Berücksichtigung folgender Punkte:

- Vorschreibung einer kontinuierlichen Steigerung des Mehrweganteils für Getränkegebinde.
- Die Steigerung des Mehrweganteils soll als **ziffernmäßiges Ziel** Eingang in die neue Nachhaltigkeitsagenda finden.
- Kennzeichnungspflicht der Getränkegebinde, um den KonsumentInnen eine klare Unterscheidbarkeit zwischen Einweg- und Mehrweggebinden zu ermöglichen. Darüber hinaus halten wir an unserer Forderung fest, dass das in Kooperation mit dem BMLFUW erarbeitete ÖkoBonus-Modell oder vergleichbare rechtlich verbindliche Maßnahmen mit konkreten und sanktionierbaren Zielen zur Sicherung und Ausbau von Mehrweggebinden in Österreich umgesetzt werden sollen.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Piringer, "die umweltberatung" Wien

Leonore Gewessler, GLOBAL 2000

Christian Pladerer, Österreichisches Ökologieinstitut

Thomas Alge, ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung

Matthias Neitsch, RepaNet/VABÖ

Andrea Johanides, WWF Österreich

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> auf Seite 135 https://www.bmlfuw.gv.at/greentec/bundes-abfallwirtschaftsplan.html